

JAHRESBERICHT 2008

INSTITUT FÜR FÖDERALISMUS



INHALT

1 . Vorwort	2
1.1 Die neue Direktion	
1.2 Die Anpassung der Strategie	
1.3 Die finanzielle Sanierung des Instituts	
1.4 Die ersten Ergebnisse	
2. Organisation und Mitarbeitende	4
2.1 Institut	
2.2 Institutsrat	
2.3 Lehrstühle	
3. Nationales Zentrum	5
3.1 Allgemeines	
3.2 Aktivitäten	
3.2.1 Dokumentation	
3.2.2 Expertisen und Abklärungen	
3.2.3 Weiterbildung	
3.3 Die Partner	
4. Internationales Zentrum (IRCC)	7
4.1 Allgemeine Aktivitäten	
4.2 CHINA-Mandat und Konferenz über Minderheitenrechte in Peking	
4.3 Workshop zu lokaler Gouvernanz in Khartum	
4.4 Weitere Projekte	
4.5 Sommer Universität	
4.6 Die Partner	
5. Bibliothek des Instituts	10
6. Publikationen des Instituts – PIFF	10
7. Zentrale Dienste	10
8. Jahresrechnung 2008	10

1. Vorwort

Der vorliegende Jahresbericht 2008 des Instituts für Föderalismus ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Besonderheiten. Zu erwähnen sind namentlich der Wechsel in der Direktion, die Anpassung der Strategie an die veränderten Bedürfnisse, die Restrukturierungsmassnahmen im Hinblick auf die Sanierung der finanziellen Grundlagen des Instituts sowie die ersten Ergebnisse der getroffenen Massnahmen. Nachstehend möchte ich auf diese Punkte im Einzelnen etwas näher eingehen. Dabei ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die neue Direktion formell lediglich einen Teil des Jahresberichtes verantwortet, da ihr Amtsantritt auf den 1. August 2008 erfolgte.

1.1 Die neue Direktion

Wie erwähnt, setzte der Institutsrat (mit Genehmigung des Fakultätsrates) auf den 1. August 2008 eine neue Direktion ein, deren wesentlichstes Strukturmerkmal darin besteht, dass die Leitung des Instituts nunmehr von einem Kollegialgremium wahrgenommen wird. Dieses besteht aus Prof. Dr. Peter Hänni (Vorsitz), Prof. Dr. Bernhard Waldmann sowie Prof. Dr. Eva Maria Belser. Damit sind sämtliche deutschsprachigen Lehrstuhlinhaber aktiv in die Institutsleitung eingebunden. Wichtig bei dieser Art der Ausgestaltung der Direktion war auch die Überlegung, dass dadurch die durch die Leitung des Instituts entstehenden Belastungen auf mehrere Schultern verteilt werden kann: Während Prof. Bernhard Waldmann als Leiter des Nationalen Zentrums eingesetzt ist, nimmt Frau Prof. Eva Maria Belser diese Verantwortung im Internationalen Zentrum wahr, und Prof. Peter Hänni kann neben der Vertretung des Instituts nach aussen immer dort eingesetzt werden, wo ein akutes Bedürfnis besteht. Zu erwähnen ist schliesslich, dass die bisherige interimistische Leitung der Administration durch Herrn Stephan Thommen mit der Anstellung von Herrn Jean-Pierre Blickle auf eine neue und dauerhafte Grundlage gestellt werden konnte; Herr Blickle nimmt an den Direktions-sitzungen mit beratender Stimme teil.

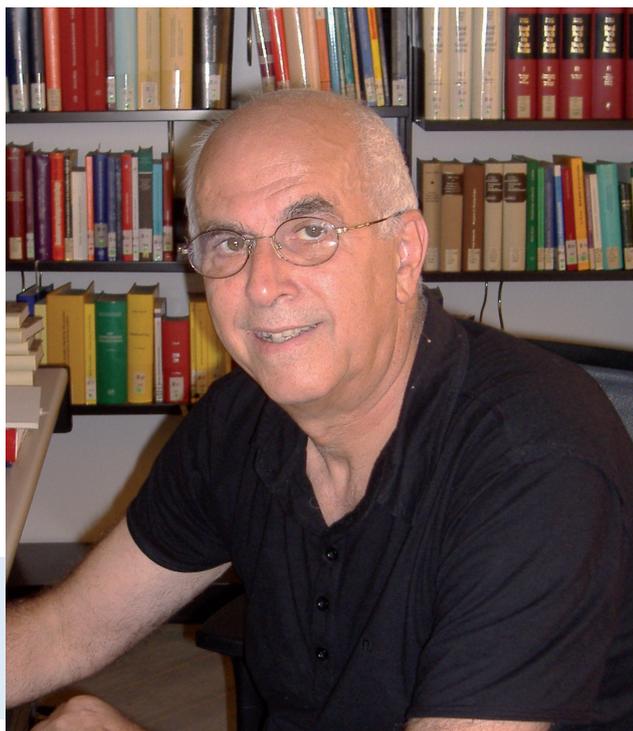
1.2 Die Anpassung der Strategie

Die neue Direktion hat die bisherige Strategie des Instituts im Vorfeld ihres Amtsantritts einer gründlichen Analyse unterzogen. Dabei ist sie zum Schluss gekommen, dass eine Anpassung unumgänglich ist, um einerseits den an das Institut herangetragenen Erwartungen gerecht zu werden, andererseits aber auch, um die jeweiligen Stärken der drei Direktionsmitglieder sowie der MitarbeiterInnen optimal zur Geltung bringen zu können. Eckpunkte dieser modifizierten Strategie bilden eine grundsätzliche (Wieder)Heranführung und Einbettung des Instituts in die übergeordneten Zielsetzungen der Fakultät, die Verstärkung

der Forschungstätigkeit zur Gewinnung von dienstleistungsrelevantem Wissen sowie die konsequente Ausrichtung der Institutstätigkeit auf die traditionellen Kerngebiete. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Institutsrat auf Vorschlag der neuen Direktion beschlossen hat, eine Arbeitsgruppe mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob eine Auslagerung und Verselbständigung des Projekts LexFind geeignet wäre, den geschilderten strategischen Zielsetzungen besser gerecht zu werden.

1.3 Die finanzielle Sanierung des Instituts

Schon im Vorfeld ihres Amtsantritts musste die neue Direktion feststellen, dass das Institut seit dem Jahre 2007 ein beträchtliches strukturelles Defizit aufweist. Dies bedeutet, dass das Institut permanent (und nicht durch vorübergehende konjunkturelle Umstände bedingt) im Verhältnis zu seinen Einnahmen zu viel Geld ausgibt. Vor diesem Hintergrund stehen grundsätzlich zwei Lösungsmöglichkeiten zur Auswahl: Entweder gelingt es, neue Einnahmequellen zu erschliessen, oder es müssen die Ausgaben gekürzt werden.



Prof. Peter Hänni

Die neue Direktion hat sich im Sinne einer Sofortmassnahme dafür entschieden, den Hebel auf der Ausgabenseite anzusetzen. Dabei war sie darauf bedacht, diese Massnahmen möglichst sozialverträglich auszugestalten. Im Vordergrund stand deshalb die Überlegung, die durch natürliche (altersbedingte) Abgänge frei werdenden Stellen nicht wieder neu zu besetzen. Dieses Vorgehen wurde dadurch begünstigt,

dass nach Auffassung der neuen Direktion zwischen administrativem und operativ tätigem Personal ein Missverhältnis bestanden hatte, weshalb namentlich im administrativen Bereich Ressourcen ohne grössere Probleme eingespart werden konnten. Neben diesen Sparmassnahmen ist die neue Direktion aber auch bestrebt, die Einnahmen zu erhöhen. In einer ersten Phase geht es dabei vor allem darum, die Produktivität zu steigern und damit die vorhandenen Ressourcen effizienter zu nutzen. Mit Blick auf eine transparente Ausgestaltung von Budget und Rechnung wurde ferner beschlossen, die Lehrstühle nicht in die Buchhaltung des Instituts zu integrieren. Für das Jahr 2009 legte die neue Direktion ein ausgeglichenes Budget vor und es besteht Anlass zur Hoffnung, dass dieses Budgetziel auch erreicht werden kann.

1.4 Die ersten Ergebnisse

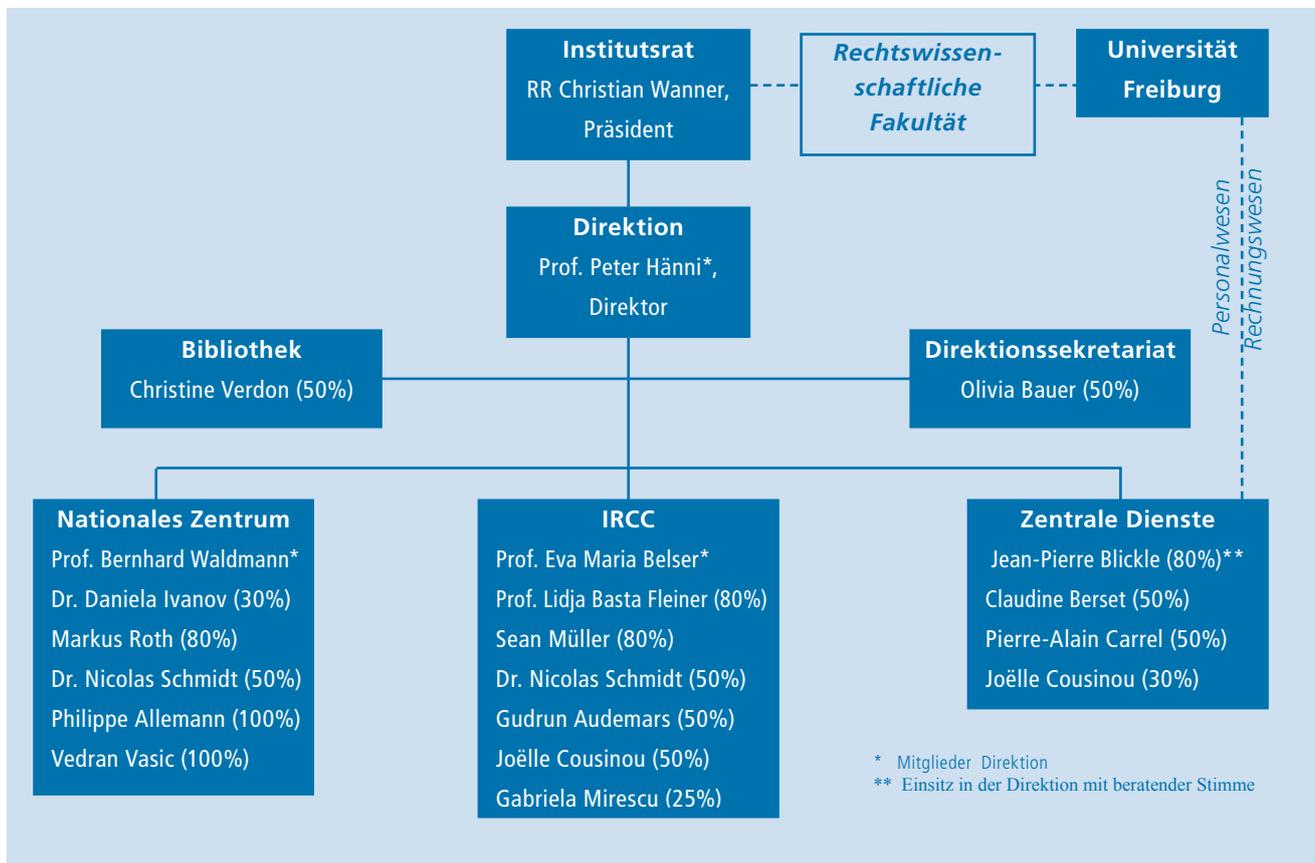
Zweifellos ist es noch zu früh, die von der neuen Direktion in struktureller und finanzieller Hinsicht getroffenen Massnahmen zu beurteilen. Einige Erkenntnisse liegen dennoch schon jetzt vor. So ist es zunächst gelungen, die beiden Zentren des Instituts so zu positionieren, dass die Zusammenarbeit mit unseren Partnern zu keinem Zeitpunkt gefährdet war. Sowohl das nationale als auch das internationale Zentrum verzeichnen einen sehr guten Auftragsbestand. Was die interne Reorganisation angeht, beginnen sich die Abläufe zu automatisieren und der Einsatz der MitarbeiterInnen erfolgt unbürokratisch und effizient. Erwähnung verdient schliesslich das in der Direktion (unter Einschluss des administrativen Leiters) herrschende ausgezeichnete Klima, das viel dazu beiträgt, dass die zahlreichen neuen Aufgaben zeitgerecht erfüllt werden können. ■

Peter Hänni

2. Organisation und Mitarbeitende

2.1 Institut

Die Organisation des Instituts sieht Ende 2008 wie folgt aus:



Mit den 3 Professoren beschäftigte das Institut 19 MitarbeiterInnen, was 12.35 Personaleinheiten entspricht (Professoren je zu 50%).

2.2 Institutsrat

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus besteht per Ende 2008 aus folgenden 12 Mitgliedern:

Präsident, Vertreter der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit

■ Christian WANNER, Regierungsrat des Kantons Solothurn, Vorsteher des Finanzdepartements

Vizepräsidentin

■ Isabelle CHASSOT, Staatsrätin des Kantons Freiburg, Vorsteherin der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

Vertreter der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz

■ Roger SCHNEEBERGER, Generalsekretär der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz

Vertreter der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Ü.

- Marco BORGHI, Professor für öffentliches Recht
- José HURTADO POZO, Professor für Strafrecht
- Paul-Henri STEINAUER, Professor für Privatrecht
- Dimitrios KARATHANASSIS, Studentenvertreter

Vertreter des Fürstentums Liechtenstein

- Norbert HEMMERLE, Regierungssekretär der Fürstlichen Regierung

Vom Institutsrat kooptiert

- Maryse AEBISCHER, Amtsvorsteherin des Sozialvorsorgeamtes des Kantons Freiburg
- Raoul J. BLINDENBACHER, Advisor Independent Evaluation Group, the World Bank
- Canisius BRAUN, Geschäftsführer der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit
- Urs Paul HOLENSTEIN, Geschäftsführer des Schweizerischen Vereins für Rechtsinformatik, Bern

Im Laufe des Jahres 2008 haben folgende Mitglieder den Institutsrat verlassen:

- Hans-Peter LENHERR und Werner LUGINBÜHL, Vertreter der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit,
- Tobias KALLENBACH, Assistentenvertreter und Patrick HOBI, Studentenvertreter als Vertreter der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, sowie
- Robert PURTSCHERT, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Universität Freiburg und Direktor des Verbandsmanagement Institut, Freiburg (vom Institutsrat kooptiert).

2.3 Lehrstühle

Mit der Einbindung von drei Lehrstuhlinhabern des Staats- und Verwaltungsrechts in die Direktion konnten zwischen dem Institut und den Lehr- und Forschungseinheiten der Rechtsfakultät wertvolle Synergien geschaffen werden. ■

3 Nationales Zentrum

3.1 Allgemeines

Die von der neuen Institutsleitung ausgearbeitete und vom Institutsrat am 8. September 2008 genehmigte Strategie betrifft auch die Organisation und die inhaltliche Ausrichtung des Nationalen Zentrums.



Prof. Bernhard Waldmann

Mit dem Wechsel in der Institutsdirektion hat Prof. Bernhard Waldmann ab dem 1. August 2008 die Leitung des Nationalen Zentrums übernommen. Die bisherige Unterteilung des Nationalen Zentrums in ein Analysezentrum (Leiterin Dr. Daniela Ivanov) sowie ein Dokumentationszentrum (Leiter lic. iur. Marius Roth) wurde aufgehoben.

Für die inhaltliche Ausrichtung des Nationalen Zentrums knüpft die Strategie im Wesentlichen an den bisherigen Tätigkeitsfeldern Dokumentation (LexFind), Dienstleistungen und Expertisen, Weiterbildung und Forschung an, wobei sie Letzterer wieder einen grösseren Stellenwert einräumen will. Dabei will das Institut insbesondere Synergien mit den Lehrstühlen im öffentlichen Recht und den von den Professorinnen und Professoren betreuten Doktorierenden nutzen. Darauf aufbauend will das Institut, beispielsweise über die Mitwirkung in Expertenkommissionen oder die Ausarbeitung von Mustergesetzen, seine Fachkompetenzen den Kantonen und anderen Interessierten zur Verfügung stellen.

3.2 Aktivitäten

3.2.1 Dokumentation

LexFind

Das Portal LexFind, welches sämtliche Erlasse von Bund und Kantonen enthält, wurde 2008 vor allem «hinter den Kulissen» weiterentwickelt. Im August konnte die dritte, vollständig neue Suchmaschine in Betrieb genommen werden. Diese neue Suchtechnologie ist noch präziser und für den zunehmenden Datenbestand ausgelegt, so dass hinsichtlich dieses «Herzstücks» von LexFind die Entwicklungen vorläufig abgeschlossen werden konnten.

Während des ganzen Jahres liefen die Entwicklungsarbeiten für die Integration der Botschaften und Berichte, der parlamentarischen Vorstösse, der Ratsprotokolle und anderer ähnlicher Dokumente. Sobald diese Informationen für sämtliche Kantone zur Verfügung stehen, werden sie im Portal LexFind abgerufen werden können. Zudem wurde eine neue Serverinfrastruktur in Betrieb genommen, welche nicht mehr am Institut selber, sondern in einem professionellen Rechenzentrum betrieben wird.

Auf der Basis von LexFind wurden 2008 weitere Projekte umgesetzt:

- www.ch.ch: Seit 2008 liefert LexFind an das Portal [ch.ch](http://www.ch.ch) Gesetzestexte in strukturierter Form. Im Portal von [ch.ch](http://www.ch.ch) kann deshalb neu nach kantonalen und Bundes-Erlassen im Volltext gesucht werden. Ebenfalls dank LexFind erscheinen bei den einzelnen Themen des Katalogs von [ch.ch](http://www.ch.ch) die jeweils wichtigsten gesetzlichen Grundlagen.

- www.kantonsparlamente.ch: Die kantonalen Parlamente haben eine Interessengemeinschaft gegründet mit dem Ziel, die interkantonale Kommunikation unter den Parlamenten zu fördern. Zu diesem Zweck hat das Institut mit dieser Interessengemeinschaft ein Internet-Portal entwickelt, welches zunächst eine rechtsvergleichende Übersicht über das gesamte Parlamentsrecht der Kantone bietet. Damit wird in gewisser Hinsicht das Werk des im Jahr 2008 verstorbenen Paul Stadlin, «Die Parlamente der Schweizerischen Kantone» (1990), weitergeführt.

Föderalismus-Monitoring

Im Herbst erstellte das Institut im Auftrag der ch-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erneut einen Bericht über die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet des schweizerischen Föderalismus.

3.2.2 Expertisen und Abklärungen

Bezüglich Expertisen und Abklärungen sind für 2008 folgende Projekte hervorzuheben:

- Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs und eines Kommentars im Bereich der kantonalen Aussenbeziehungen

- Systematische Erfassung der reglementierten Berufe in der Schweiz im Hinblick auf die Umsetzungsarbeiten zur EU-Richtlinie 205/36/EG (Mandat 2008–2009)

- Gutachten zur Verwendung der Ertragsüberschüsse gemäss Art. 26 Abs. 2 des Gesetzes über das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt des Kantons Freiburg

- Gutachten Anpassung interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Straf- und Zivilrechtspflege infolge der Einführung eidgenössischer Vorschriften (Mandat 2008–2009)

- Kurzgutachten betreffend interkantonale Organe im Kanton Jura

- Rechtsvergleichende Studie im Bereich von übertragbaren Krankheiten

- Rechtsvergleichende Studie betreffend die Ausgestaltung der Anwaltsprüfungen

- Rechtsvergleichende Studie im Bereich der Gemeindeaufsicht

- Rechtsvergleichende Studie betreffend die Ausbildung von Staatsanwälten

3.2.3 Weiterbildung

Im Bereich der Weiterbildung sind folgende Veranstaltungen zu erwähnen:

Im Rahmen der Murterner Gesetzgebungsseminare fanden 2008 zwei Seminare statt: Im Grundlagenseminar I (17.–19.4.2008), welches zusammen mit dem Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich durchgeführt wird, wurden Fragen der Rechtsetzungsmethodik behandelt, während das Grundlagenseminar II (26.–28. 11. 2008), welches das Institut in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz organisiert, dem Handwerk der Gesetzesredaktion gewidmet war. Beide Seminare erfreuen sich einer sehr starken Nachfrage.

Erwähnenswert ist des Weiteren die mit dem Institut für Europarecht der Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg organisierte Tagung «Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU und die Schweiz», die im Auftrag der Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und der KdK am 10. und 11. 4. 2008 in Freiburg stattfand.

3.3 Die Partner

Zu den Partnern des Nationalen Zentrums gehören insbesondere die KKJPD (Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren), die KdK (Konferenz der Kantonsregierungen), die ch-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, die EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren), die Bundeskanzlei, das Bundesamt für Justiz und das Staatssekretariat für Bildung und Forschung.

Im Bereich der akademischen Partner sind insbesondere zu nennen:

- Institut für Europarecht der Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg
- Institut für Recht und Wirtschaft der Universität Freiburg (idé)
- Institut für schweizerisches und internationales Baurecht der Universität Freiburg
- Institut für Religionsrecht der Universität Freiburg
- Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg und der Pädagogischen Hochschule Freiburg
- Chaire de Finances Publiques de l'Université de Fribourg
- Verbandsmanagement Institut der Universität Freiburg (VMI)
- Institut Interdisciplinaire d'Ethique et des Droits de l'homme de l'Université de Fribourg (IIEDH)
- Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich
- Institut für öffentliches Recht der Universität Bern
- Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern
- Institute of Comparative Law (ISDC), Lausanne
- Institut de hautes études en administration publique (idheap)

4 Internationales Zentrum (IRCC)

4.1 Allgemeine Aktivitäten

Das IRCC (International Research and Consulting Centre) blieb im Jahr 2008 seinen Hauptthemenfeldern treu, mit Aktivitäten in den Bereichen Föderalismus, Dezentralisierung, Multikulturalität, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Es nahm teil in verschiedenen Forschungsprojekten, war aktiv im Bereich des Wissensaustauschs, organisierte praktische und akademische Weiterbildung und übte verschiedene Beratungsmandate aus. Wie auch in den letzten Jahren wurden die Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen Partnern aus Universitäten und Verwaltungen, insbesondere



der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, durchgeführt.

Schon seit vielen Jahren unterstützt das IRCC den schweizerischen Menschenrechtsdialog mit China mit akademischen Begleitaktivitäten. Demnach liegt der geographische Schwerpunkt in China. Als wichtigstes Projekt der letztjährigen Begleitaktivitäten konnte das IRCC zusammen mit der Chinese Academy of Social Sciences (CASS) im Mai 2008 eine internationale Konferenz zum Thema «Theorie und Praxis des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte» mit dem Schwerpunkt auf Minderheitenrechte (siehe separaten Bericht) organisieren. Im Anschluss an die Konferenz trafen Prof. Lidija Basta (Direktorin des IRCC bis Juli 2008) und Prof. Eva Maria Belser (übernahm diese Position ab August 2008) die chinesischen Partner, um den Ablauf der Projekte zu gewährleisten und den Übergang in der Leitung möglichst reibungslos zu gestalten. Während dieser Treffen wurde insbesondere die Planung der Projekte für 2009 diskutiert.

4.2 CHINA-Mandat und Konferenz über Minderheitenrechte in Peking

Vom 20. bis 22. Mai 2008 organisierte das IRCC zusammen mit der Chinese Academy of Social Sciences (CASS) eine internationale Konferenz über Theorie und Praxis des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte in Peking. An der Konferenz nahmen mehr als 20 chinesische sowie 9 europäische ExpertInnen aus Deutschland, Irland, Norwegen, Spanien und der Schweiz teil. Für das IRCC war es bereits die dritte Konferenz, die in Zusammenarbeit mit CASS durchgeführt werden konnte. Dank der langjährigen Zusammenarbeit und dem bestehenden Vertrauen konnte sie trotz schwieriger Rahmenbedingungen (kurz nach den Aufständen in Tibet und vor den Olympischen Spielen) stattfinden. Während der Konferenz wurden verschiedene theoretische, konzeptuelle und praktische Aspekte der Artikel 26 und 27 des Internationalen Pakts präsentiert, und die internationalen Standards, die rechtliche Systeme und nationalen Ansätze des Minderheitenschutzes wurden diskutiert. Im Fokus der Konferenz stand der Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten, aber auch andere Fragen im Zusammenhang mit Nicht-Diskriminierung und tatsächlicher Partizipation wurden angesprochen. Die Beiträge der Konferenz werden 2009 publiziert.

Ebenfalls im Mai 2008 organisierte das IRCC eine Studienreise für eine Delegation der Forschungsabteilung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Chinas zum Thema, wie Parlamentsabgeordnete in der Schweiz mit WählerInnen in Kontakt kommen und wie der Austausch

zwischen ihnen organisiert ist. Weiter konnte das IRCC im 2008 vier chinesische Gastforscher begrüßen und sie in ihren Forschungsprojekten unterstützen. Es waren die Prof. SU Yigong (der chinesische und westliche Staatstheorien verglich), Prof. ZHAI Guoqiang (der verschiedene Konzepte der Verfassungsgerichtsbarkeit studierte), Prof. WANG Jianqin (die im Bereich Autonomie von NROs forschte), and LI Xixia (die zum Thema «Recht auf Gesundheit» schrieb).

4.3 Workshop zu lokaler Gouvernanz in Khartum

Auf Bitte des Schweizer Botschafters im Sudan und der DEZA startete das IRCC eine Zusammenarbeit mit einem Partnerinstitut in Khartum (welches von einem früheren Doktoranden von Prof. Thomas Fleiner gegründet wurde). Sudan – ein von ethnischen und wirtschaftlichen Konflikten heimgesuchtes Land – ist daran, effiziente dezentralisierte Strukturen aufzubauen, um die verschiedenen kulturellen Gemeinschaften einbinden zu können und einen Zerfall des Staates zu verhindern. In diesem Zusammenhang hat das IRCC mit dem lokalen Partnerinstitut, dem Federalism Research and Consulting Centre in Khartum, im April einen Workshop organisiert, zu welchem die Minister der sudanesischen Staaten, hohe Beamte und AkademikerInnen eingeladen wurden. Ziel des Workshops war, das Verständnis für die Prinzipien Föderalismus und Dezentralisierung zu fördern und Möglichkeiten zur Stärkung der lokalen Gouvernanz im Sudan zu diskutieren. Die Teilnehmenden einigten sich auf drei Empfehlungen, welche von der Schweizer Botschaft in Khartum der sudanesischen Regierung übergeben und den Ministerien für lokale Gouvernanz in den Staaten vorgestellt wurden: a) auf lokaler Ebene soll die Exekutive von den BürgerInnen gewählt werden (das aktuelle



Prof. Eva Maria Belser

System sieht deren Ernennung durch den Gouverneur vor); b) die bereits seit 2007 überfälligen Wahlen für lokale Legislativen sollen sofort durchgeführt werden; c) die Staaten sollen einen Rat bilden, der die angemessene Verteilung der Ressourcen sicherstellt. Diese Empfehlungen wurden im Januar 2009 anlässlich eines weiterführenden Workshops wieder aufgenommen und weiter ausgebaut. Konfrontiert mit extremen inneren Spannungen und Konflikten wird Sudan neben den Präsidentschaftswahlen ein Referendum durchführen, in welchem der Süden wählen kann, ob er sich vom Norden trennen will. Hinsichtlich dieser aufkommenden Herausforderungen plant das IRCC seine Zusammenarbeit im Sudan zu stärken und in den Vorbereitungen zum Referendum wissenschaftliche Unterstützung zu bieten.

4.4 Weitere Projekte

Neben dem China-Mandat unterstützte das IRCC lokale Partner in anderen Ländern in Prozessen der Dezentralisierung und Demokratisierung und trug zum Wissensaufbau in den Bereichen Staatsorganisation, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bei. So wurde die Zusammenarbeit mit Partnern in den Philippinen weitergeführt, welche die Unterstützung des Prozesses der Verfassungsreform zum Ziel hat. Im Oktober lud das IRCC eine philippinische Delegation zu einer Studienreise ein, die dem Thema «Verfassungsgebung und territoriale (Re-)Organisation» gewidmet war. Zusätzlich betreute es die beiden Gastforscher Dr. Romulo Miral (der zu Fiskalföderalismus und regionaler wirtschaftlicher Entwicklung forschte) und Raphael Montes (der die Verbindung zwischen Finanzausgleich und nationaler Einheit studierte). Auch die Zusammenarbeit in Malawi zur Beziehung zwischen Exekutive und Legislative konnte weitergeführt werden. Mit lokalen Partnern wird hier die Stärkung des Parlaments angestrebt. Das IRCC begrüßte hierzu eine Delegation von ParlamentarierInnen aus Malawi, welche das schweizerische Parteiensystem sowie die Auswirkungen von Föderalismus und direkter Demokratie auf Möglichkeiten der Koalitionsbildung studierten. Weiter unterstützt das IRCC zwei Forschende in Malawi, die u.a. anhand der Protokolle der Parlamentssessionen, welche in Zusammenarbeit mit einem lokalen Partner in Malawi erstellt wurden, die Rolle des Parlaments untersuchen. Beide Forschende werden 2009 das Institut besuchen. Zusätzlich begrüßte das IRCC Delegationen aus Kolumbien, Thailand, Nordkorea, der Ukraine, Nepal, Tansania und Irak, führte die Zusammenarbeit mit dem Forum der Föderationen weiter und betreute ausländische Doktorierende, insbesondere Bojan Kovačević, der ein Stipendium der Schweizer



Regierung für seine Arbeit zu föderalen Strukturen in der EU erhielt, sowie Chai Ling, deren Doktorarbeit zu Dezentralisierung und Wasserverwaltung in China von der chinesischen Regierung finanziert wird. Prof. Belser nahm ausserdem an der Jahresversammlung der International Association of Centers for Federal Studies in Barcelona teil.

4.5 Sommer Universität

Last but not least organisierte das IFF die 20. Ausgabe seiner Internationalen Sommer Universität zu Föderalismus, Dezentralisierung und Diversität. Auch dieses Jahr brachte die Sommer Universität 38 Studierende aus 27 Ländern in einem intensiven dreiwöchigen Kurs über Theorien und Erfahrungen zum Föderalismus zusammen. Zum ersten Mal konnte dieses Jahr ein chinesischer Professor verpflichtet werden, die zweite Woche mit Frau Prof. Basta zu leiten. Seine Einblicke und sein anderer Zugang zu Konzepten wie Nationalität und Multikulturalität wurden von den Teilnehmenden als inspirierend empfunden und sehr geschätzt.

4.6 Die Partner

Folgende Partner können benannt werden:

- Beijing University, Law School, Beijing
- Berghof Foundation, Berlin and Colombo
- Central University of Nationalities, Beijing (now Minzu University of China)
- Center for Local and Regional Governance, University of the Philippines, Manila
- Center for Comparative Constitutional Studies, Melbourne

- Center for Policy Alternatives, Colombo
- China University of Political Science and Law, Beijing
- Chinese Academy of Social Sciences (CASS), Beijing
- Chaire de Finances Publiques, Université de Fribourg
- Federalism Research and Consulting Centre, Khartoum
- Institut für Föderalismus, Hannover
- Institut für öffentliches Recht, Universität Bern
- Institute of Comparative Law, Lausanne
- Institute of Intergovernmental Relations, Kingston
- Institute of Political Science, University of Bern
- Interfaculty Institute for Central and Eastern Europe, University of Fribourg
- International Association of Centres for Federal Studies
- International Association of Constitutional Law
- Institut Interdisciplinaire d’Ethique et des Droits de l’Homme, Université de Fribourg
- Konrad Adenauer Foundation, Johannesburg
- Law School of Hunan University, Changsha
- Polish Society of Constitutional Law, Warsaw
- Research Office of the General Office of the Standing Committee of the National People’s Congress of China, Beijing
- State Concepts, Bern
- Study of religions, University of Fribourg
- Swiss Institute for International Economics and Applied Economic Research, University of St.Gallen
- Verbandsmanagement Institut, Universität Freiburg

5 Bibliothek des Instituts

Ende 2008 enthält die Datenbank der Präsenzbibliothek des Instituts 113'000 registrierte Titel, davon wurden etwa 4'500 im Laufe des Jahres angeschafft oder als Geschenk überreicht und in der Datenbank erfasst.

Hauptkunden der Bibliothek waren die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts und Professoren, Assistenten und Unterassistenten der 3 Lehrstühle. Während der üblichen Öffnungszeiten des Instituts konnte die Präsenzbibliothek von allen Interessierten besucht werden. Die Studierenden der Sommer Universität konnten von den Schätzen der Bibliothek auch regen Gebrauch machen.

Krankheitshalber war leider die Leiterin der Bibliothek in der 2. Hälfte des Jahres mehrere Monate abwesend. Die laufenden Arbeiten wurden durch Mitarbeiter des Nationalen Zentrums und der Zentralen Dienste sichergestellt. Deswegen musste aber das Projekt über eine engere Zusammenarbeit mit der Kantons- und der Universitätsbibliothek auf 2009 verschoben werden. ■

6 Publikationen des Instituts – PIFF

Im 2008 wurden folgende Publikationen veröffentlicht:

Etudes et colloques 49

TANNER Erwin

- Die muslimische Minderheit und ihre Religion – Strukturrechtliche und institutionsrechtliche Grundfragen im Bereich des Religionsrechts der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
- thèse Fribourg, coédition LIT-Verlag, Fribourg, 2008

Etudes et colloques 50

FLEINER Thomas (ed.)

- Federalism: A Tool for Conflict Management in Multicultural Societies with Regard to the Conflicts in the Near East (A la mémoire de Jean Nordmann)
- coédition LIT-Verlag, Fribourg, 2008

Etudes et colloques 52

PORTILLO JIMENEZ Héctor

- The Influence of International Human Rights Norms Considered as Jus Cogens in Latin-American Constitutionalism, with Special Reference to the Mexican Legal System,
- thèse Fribourg, coédition LIT-Verlag, Fribourg, 2008

Travaux de recherche 41

HAYAT Sikandar Ali

- Decentralization Without Democracy in Pakistan,
- Fribourg, 2008

Travaux de recherche 42

Summer University 2007 / Université d'été 2007

- Best of the Students' Papers – Federalism, Constitutionalism and Democratic Governance in Multicultural Societies / Meilleurs travaux d'étudiants – Fédéralisme, Constitutionnalisme et Gouvernance démocratique dans les sociétés pluriculturelles,
- Fribourg, 2008 ■

7 Zentrale Dienste

Die zentralen Dienste erfuhren im 2008 eine wichtige Änderung in personeller Hinsicht.

Am 1. Oktober hat ein administrativer Verantwortlicher seine Funktionen zu 80% übernommen. Nach einer Einarbeitungsphase konnten die externen Mandate (Geschäftsführung, Buchhaltung) aufgelöst werden.

Neu stehen alle administrativen Aufgaben wie Finanzen, Buchhaltung, Personalwesen, Vertrags- und Projektmanagement, Informatik und Infrastrukturen unter der Leitung einer einzigen Person.

Die seit dem 1. August 2008 eingeführte neue Organisation benötigte neue Regelungen und Präzisierungen für das gute Funktionieren des Instituts. U.a. wurden die Belegung der Büros neu geregelt und die Umzugsarbeiten in 3 Etappen durchgeführt.

Zusätzlich wurde am 1. Dezember 2008 eine neue Direktionssekretärin zu 50% angestellt. Nach einer Einarbeitungsphase konnte Sie die Organisation der Murtener Gesetzgebungsseminare sowie die Verwaltung der Verträge übernehmen.

Somit konnte die in der Strategie neu definierte Organisation auch bei den zentralen Diensten umgesetzt werden. ■

8 Jahresrechnung 2008

Die Jahresrechnung 2008, erstellt nach den Vorgaben der Swiss GAP FER 21, wurde von der externen Revision am 12./13. 3. 2009 geprüft und Ende April 2009 dem Institutsrat vorbehaltlos zur Genehmigung empfohlen. Der Institutsrat hat an seiner Sitzung vom 11. 5. 2009 die Jahresrechnung 2008 genehmigt.

Das Betriebsergebnis weist ein Defizit von CHF 330'042.78 aus, was einer Verbesserung von etwa CHF 26'774.05 oder 7.5% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Mit dem ausserordentlichen Ertrag und Aufwand wird das Jahresdefizit aber auf CHF 307'745.82 gesenkt, was eine Verschlechterung gegenüber 2007 von CHF 105'298.59 oder 52.0% darstellt. Anders gesagt wurden 1/5 der Kosten nicht mit Einnahmen gedeckt oder Reserven und Organisationskapital um 30% auf knapp CHF 700'000.- reduziert.

Erfolgsrechnung:

in 1'000 CHF	2008	2007	Abw.
Betriebsertrag			
Mandate aus Bundesstellen	1,019	809	26%
Andere öffentliche Mandate	440	474	-7%
Mandate aus dem Privatbereich	28	101	-72%
Total Erträge aus Mandate	1,487	1,384	7.5%
Ertrag aus Weiterbildungsveranst.	58	76	-25%
Ertrag aus übrigen Dienstleistungen	45	17	168%
Diverser administrativer Ertrag	31	46	-32%
Total übrige Erträge	134	139	-4.0%
Total Betriebsertrag	1,621	1,523	6.4%
Betriebsaufwand			
Personalaufwand	960	1,148	-16%
Reiseaufwand	213	193	11%
Dienstleistungen von Dritten	357	171	109%
Publikationen, Miete, Stipendien	10	10	0%
Diverser administrativaufwand	411	358	15%
Total Betriebsaufwand	1,951	1,880	3.8%
Betriebsergebnis	-330	-357	7.5%
a.o. Ertrag	189	156	21%
a.o. Aufwand	167	1	10715%
Jahresergebnis	-308	-203	-52%

Bilanz:

in 1'000 CHF	2008	2007	Abw.
Liquide Mittel	723	1,197	-39%
Wertschriften	278	297	-6%
Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	88	157	-44%
Übrige Forderungen	1	11	-89%
Transitorische Aktiven.	68	0	
Total Aktiven	1,158	1,662	-30.3%
Verbindlichk. aus Lieferungen u. Leistungen	103	163	-37%
Übrige Verbindlichkeiten	10	12	-21%
Vorauszahlungen	22	108	-80%
Transitorische Passiven	186	180	4%
Rückstellungen	138	191	-28%
Kurzfristiges Fremdkapital	459	654	-29.9%
Reserven	486	486	0%
Organisationskapital Vorjahr	522	724	-28%
Jahresverlust	-308	-202	52%
Total Passiven	1,159	1,662	-30.3%

Der a.o. Ertrag besteht aus den Auflösungen von Rückstellungen für die Mehrwertsteuer (69) und von Überstunden der Mitarbeiter (120).

Der a.o. Aufwand besteht aus der Rückstellung für die vorzeitige Pensionierung einer Mitarbeiterin (100) und einer Korrektur aufgrund der definitiven Abrechnung mit der DEZA für die Periode 2004-2007 (67).

Die Beiträge des Bundes und kantonalen Stellen erreichten im 2008 CHF 91'104.- und liegen etwa 11% tiefer als im 2007.

Die nicht in der Buchhaltung des Instituts eingeflossenen Unterstützungsleistungen der Universität Freiburg (3.4 Personaleinheiten, Büroräumlichkeiten und Betriebskredit) betragen im 2008 etwa CHF 780'000.- und liegen ca. 13% tiefer als im 2007. ■

Impressum :

Institut für Föderalismus
 Rte d'Englisberg 7
 CH-1763 Granges-Paccot
 Tél. +41 (0) 26 300 81 25
 Fax +41 (0)26 300 97 24
 Auflage : 500
 Erscheinung : 1x pro Jahr
 Redaktion : Institut für Föderalismus
 Realisierung: Laure Schönenberger
 E-mail: info@federalism.ch
 http://www.federalism.ch

